Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 6 – Änderung der Gemeindeordnung

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 152.06 / 22.03.06

Pragmatischer Vorschlag im Interesse der Menschen mit Behinderungen

Meine Fraktion unterstützt die Initiative der FDP nicht nur, sondern wir begrüßen den vorgelegten Gesetzentwurf ausdrücklich. Der aufgezeigte Weg orientiert sich am Erfolgsbeispiel der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Gemeinden, welche - noch von der rot-grünen Landesregierung - als verpflichtende Aufgabe in der Kommunalverfassung festgeschrieben wurde. Ein Modell, mit dem Schleswig-Holstein bundesweit zum Vorreiter in der Jugenddemokratiebewegung geworden ist.

Was gut ist und sich bewährt hat, kann und muss zur Nachahmung dienen.

Der vorgelegte Gesetzesentwurf ist einfach, effektiv und kann kostenneutral umgesetzt werden. Er lässt einen breiten Gestaltungsspielraum für die Verantwortlichen vor Ort. Anstatt starre Strukturen oder Verfahren vorzugeben, definiert er das zu erreichende Ziel. Das ist gut so, denn auf diese Weise haben die Kommunen die Chance, ihren jeweiligen Gegebenheiten entsprechend Umsetzungsstrategien auszuprobieren, aufzubauen und nötigenfalls auch wieder zu verändern.

Eine Möglichkeit der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen sind kommunale Behindertenbeauftragte, wie es sie beispielsweise in Norderstedt oder Bad Segeberg gibt. Eine weitere Möglichkeit ist ein Behindertenbeirat, wie ihn die Landeshauptstadt Kiel schon seit langem hat. Anhörungen, Ausschreibungen, Fachgespräche, Arbeitsgruppen, Modelle und Projekt – dem Engagement und dem Gestaltungswillen sind keine Grenzen gesetzt. Auch hier – bei der Frage der Umsetzung - können die vor Ort gesammelten Erfahrungen im Bereich der Jugendbeteiligung ein kreativer Input sein.

Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung hat bereits in einer offiziellen schriftlichen Stellungnahme den Gesetzentwurf der FDP ausdrücklich gelobt. Das ist erfreulich, aber nicht verwunderlich, hat doch Herr Hase selbst diesen Punkt immer wieder in seinen Berichten und gegenüber den Fachausschüssen des Landtages eingefordert. Deshalb können wir davon ausgehen, dass auch die Behindertenverbände den vorgelegten Gesetzesentwurf unterstützen.

Schwieriger mag es sein, die Kommunalen Spitzenverbände zu überzeugen. Schauen wir mal, ob sich die von Herrn Hase ausgesprochene Hoffnung bewahrheitet, dass die kommunalen Spitzenverbände diesem Gesetzesentwurf wohlwollend gegenüber stehen.

Aus Grüner Sicht ist der FDP-Antrag ein richtiger und notwendiger Schritt. Hier geht es nicht um mehr Bürokratie, sondern um Chancengleichheit und um Autonomie für Menschen mit Behinderung – so wie es das Grundgesetz, das Bundes- und das Landesgleichstellungsgesetz vorgeben. Hier geht es nicht um Kostensteigerung, sondern um Kostenvermeidung: Es ist wirtschaftlicher schon bei der Planung die Belange von behinderten Menschen mit zu bedenken, als im Nachhinein hohe Kosten durch eine nachträgliche Herstellung von Barrierefreiheit zu haben.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine breite Unterstützung der FDP-Initiative!